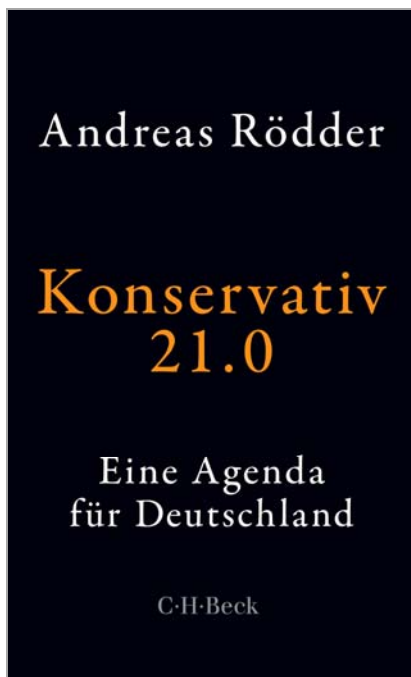


Unverkäufliche Leseprobe



Andreas Rödder
Konservativ 21.0
Eine Agenda für Deutschland

2019. 144 S.
ISBN 978-3-406-73725-1

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/27315559>

© Verlag C.H.Beck oHG, München

Andreas Rödler

Konservativ

21.0

Eine Agenda
für Deutschland

C.H.Beck

© Verlag C. H. Beck oHG, München 2019
Gesetzt aus der Adobe Garamond Pro bei Fotosatz Amann, Memmingen
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 73725 1

www.chbeck.de

Inhalt

Prolog: Die K-Frage	7
I. Sprachlose Mitte: Zur Lage der Nation	9
Zwischen Siegeszug und Populismus:	
Die westlichen Demokratien seit 1990	9
Moralisierung und Polarisierung	14
Das Ende der Volksparteien?	17
II. Konservativ 21.0	23
Ein Kind des Wandels	23
Der große Unterschied: Liberaler und illiberaler Konservatismus	26
Das konservative Paradox	37
Konservativ 1: Der lange Atem der Zeit	40
Konservativ 2: Fröhliche Skepsis	43
Konservativ 3: Erfahrung und Alltagsvernunft, Maß und Mitte	45
Konservativ 4: Gesellschaft vor Staat, Freiheit und Subsidiarität	47
III. Eine Agenda für Deutschland	53
1. Internationale Politik: Mehr Realismus und mehr Engagement	53

2. Eine Strategie für Europa: Flexible Union	
statt <i>ever closer union</i>	61
3. Bildung: Echte Chancen und neue Aufklärung	68
4. Digitalisierung: Be-Denken first	76
5. Ein neuer Ruck für das «Modell Deutschland»:	
Infrastruktur, Stadt und Land	80
6. Klimawandel und Umweltpolitik:	
Offenheit statt Ideologie	84
7. Soziale Marktwirtschaft: Ordoliberalismus	
wiederentdecken und Lebensverläufe neu denken	89
8. Männer und Frauen: <i>family mainstreaming</i> statt	
Ständegesellschaft	101
9. Asyl und Migration: Klare Regeln	
und verlässliche Umsetzung	108
10. Eine bürgergesellschaftliche Leitkultur.	114
Streitbare Mitte: Konservatismus, Bürgergeist	
und Demokratie im 21. Jahrhundert	121
Anmerkungen.	127

Prolog

Die K-Frage

Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Löhne und Gehälter steigen, und im Oktober 2018 fiel die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1981 unter 5 Prozent. Zugleich greift ein Gefühl der Krise um sich. Funklöcher und BER, Fahrverbote und Verkehrsinfarkt: Deutschland, so scheint es, verliert den Anschluss in einer Welt, die sich immer schneller wandelt und die vor ungekannten Herausforderungen und Gefahren steht. Schon jetzt stellen populistische Bewegungen die Demokratie in Frage, wie wir sie kennen.

Die Geschichte der Moderne zeigt: Beschleunigter Wandel kann große Fortschritte erbringen. Er kann aber auch in Katastrophen enden. Den Wandel so zu gestalten, dass er für die Menschen verträglich wird und daher gelingen kann – das ist das Anliegen eines liberalen Konservatismus. Und davon handelt dieses Buch.

Die Sache des Konservativen war und ist allerdings seit jeher widersprüchlich und paradox. Der Konservatismus ist die Bewegung des Bewahrens. Doch ohne den Wandel kann er gar nicht existieren. Er wurde immer wieder totgesagt und ist doch nicht totzukriegen. Demoskopien meinen, mit dem Begriff «konservativ» sei in Deutschland kein politischer Blumentopf zu gewinnen. Zugleich gerät er von Zeit zu Zeit in Mode und in die Auslagen der Buchhandlungen – und dann gern

unter Verkehrung der Fronten: Während der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg «für eine neue Idee des Konservativen» wirbt,¹ macht sein christdemokratischer Amtskollege in Nordrhein-Westfalen deutlich, «dass der Markenkern der Christlich Demokratischen Union eben nicht das Konservative ist, sondern dass das christliche Menschenbild über allem steht».² Demgegenüber wünschte die knappe Hälfte der Delegierten, die auf dem Hamburger Parteitag der CDU am 8. Dezember 2018 für Friedrich Merz stimmte, eine stärker liberal-konservative Orientierung der Partei. Nach den Jahren der Führung durch Angela Merkel sucht die CDU nach ihrem programmatischen Profil. Unterdessen nimmt Alexander Gauland für die AfD in Anspruch, die eigentlich konservative Kraft in Deutschland zu sein.³

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was eigentlich konservativ ist – und was dies konkret bedeutet. Um diese beiden Fragen soll es in diesem Buch gehen. Es ist ein politisches Buch eines Historikers, der auf der Grundlage seiner wissenschaftlichen Kenntnisse als Bürger argumentiert. Darum ein persönliches Wort. Ich bin 1993, als allenthalben von «Parteienverdrossenheit» die Rede war, in die CDU eingetreten und habe ihre programmatische Entkernung in den vergangenen Jahren mit zunehmender Kritik verfolgt. Denn ich bin davon überzeugt, dass die Demokratie vom Wettbewerb zwischen unterscheidbaren politischen Konzepten und von der öffentlichen Auseinandersetzung lebt.

In diesem Sinne argumentiert dieses Buch für einen modernen Konservatismus. Es richtet sich an alle, die sich als konservativ verstehen und die mehr darüber wissen wollen. Und es wendet sich an alle, die sich Gedanken darüber machen, was die großen politischen Ideen und Strömungen der Moderne in der Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts bedeuten können – und ob sie noch eine Zukunft haben.⁴

I

Sprachlose Mitte: Zur Lage der Nation

*Zwischen Siegeszug und Populismus:
Die westlichen Demokratien
seit 1990*

Wir stehen vor den Trümmern unserer Erwartungen. Im November 1990 sah die Charta von Paris ein «Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit» nach dem Ende des Ost-West-Konflikts voraus.¹ 1992 bekannte sich der Vertrag von Maastricht zur «immer engeren Union der Völker Europas». Helmut Kohl erwartete, Großbritannien werde binnen weniger Jahre den Euro einführen. Und Francis Fukuyama verkündete das «Ende der Geschichte»,² weil sich das westliche Modell von Demokratie und Marktwirtschaft weltweit durchsetzte.

Ein Vierteljahrhundert später ist in der internationalen Politik wieder jenes Faustrecht eingezogen, das viele Zeitgenossen 1990 überwunden geglaubt hatten. Die Europäische Union wurde durch die Euro-Schuldenkrise und den Austritt des Vereinigten Königreichs erschüttert. Freie Märkte sehen sich mit zunehmendem Protektionismus konfrontiert. Von Russland über die Türkei bis Brasilien werden demokratische Ansätze durch autoritäre Regime und Machthaber verdrängt. Dass sie auch noch auf demokratischem Wege gewählt werden, wi-

derspricht der westlichen Vorstellungskraft ebenso grundsätzlich wie das chinesische Experiment eines Kapitalismus ohne Demokratie. Sein Erfolg stellt das westliche Modell grundlegend in Frage – und es bleibt einstweilen offen, ob die Antwort so ausfällt wie im Zeitalter der Weltkriege, als die bedrängten westlichen Demokratien schließlich die Oberhand behielten, oder ob sich hier ein ganz neuer Pfad der Entwicklung auftut.

Nicht nur von außen, auch im Innern werden die westlichen Demokratien zunehmend bedrängt. «Populismus» hat sich als Sammel- und zugleich als Verlegenheitsbegriff eingebürgert, um die Gemeinsamkeit von Phänomenen zu beschreiben, die sich national jeweils recht unterschiedlich darstellen.³ Der amerikanische Präsident Donald Trump stilisiert sich als Vertreter des einfachen Volkes gegen das Washingtoner Establishment und gibt nichts auf traditionelle Formen der Politik, ist aber durch die «Grand Old Party» der Republikaner an die Macht gekommen. Die United Kingdom Independence Party (UKIP) zielte vor allem auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, für den sie offenkundig auch den Einsatz von *fake news* nicht scheute.⁴ Rechtspopulistische Bewegungen wie der französische Rassemblement National, die niederländische Partij voor de Vrijheid, die Finnen, die Freiheitliche Partei Österreichs oder die Alternative für Deutschland haben ihren ideologischen Kern in einem ethnisch verstandenen Nationalismus, der sich gegen Zuwanderung und insbesondere gegen den Islam richtet. In ihrer Kritik an der Europäischen Union und in manchen sozialpolitischen Forderungen treffen sie sich mit Linkspopulisten in Frankreich, Italien und Griechenland, die gegen den «neoliberalen Konsens» und die «Herrschaft der Konzerne» in Europa kämpfen. Mit den Cinque Stelle bilden sie in Italien sogar ein Regierungsbündnis mit der rechtsnationalistischen Lega. Besondere Fälle stellen die Regierungen in Ungarn und in Polen dar, die im

Falle Viktor Orbáns von «illiberaler Demokratie» sprechen und insbesondere in den Bereich der Medien und der Justiz eingreifen.

All diese Bewegungen handeln nach der Devise «für die Nation, gegen die Eliten»: Die Nation werde von außen bedroht, so das Narrativ, aber die Eliten kümmern sich nicht darum. Die populistischen Bewegungen hingegen nehmen für sich in Anspruch, das «wahre Volk» gegen das «Establishment» zu vertreten. Dabei neigt die Kritik an den bestehenden Verhältnissen und den Eliten zu Verschwörungstheorien wie zum Beispiel der Annahme, Angela Merkel verfolge ein Programm der «Umvolkung» Deutschlands.⁵ Solche Vorstellungen eines einheitlichen, steuernden Willens bieten einfache Erklärungen für komplexe, widersprüchliche Realitäten. In diesem Willen zur Eindeutigkeit sind populistische Bewegungen zugleich antipluralistisch.

Solchen gemeinsamen Phänomenen stehen unterschiedliche Ursachen gegenüber. Es lässt sich nicht genau unterscheiden, ob die populistischen Bewegungen vor allem auf sozial-ökonomische Verlusterfahrungen und Abstiegsängste zurückgehen oder ob sie auf politische und kulturelle Konfliktlinien zurückzuführen sind, die durch den Zuzug von Migranten noch verstärkt wurden.⁶ Beides muss aber auch kein Gegensatz sein, weil sich sozialökonomische und politisch-kulturelle Prozesse in den Basistrends des frühen 21. Jahrhunderts überlagern.⁷

Die Digitalisierung verstärkt einen bereits seit Jahrzehnten währenden Prozess, in dem Dienstleistungen im Vergleich zum produzierenden Gewerbe immer weiter zunehmen. Zugleich hat die Bildungsexpansion eine immer größere Zahl von akademisch Qualifizierten hervorgebracht. Und eine fortschreitende Lösung der Individuen aus kollektiven Bindungen hat die Unterschiedlichkeit der Lebensstile vervielfältigt. Alles

in allem haben sich die Standards dessen verschoben, was noch in den 1970er Jahren als normal galt: die Kleinfamilie mit heterosexuellem Elternpaar, das sogenannte Normalarbeitsverhältnis oder die Volksparteien.

Diese Entwicklungen gingen mit Prozessen der Auf- und der Abwertung einher. Verlierer waren die nichtakademischen Unterschichten der Geringqualifizierten, deren un- und angelernte industrielle Beschäftigungsverhältnisse verloren gingen. Sie müssen sich mit prekären Jobs über Wasser halten oder haben sich in den sozialen Sicherungssystemen eingerichtet. Daneben mussten die alten Mittelschichten erleben, wie ihre mittleren Berufsabschlüsse gegenüber akademischen Abschlüssen an Wert verloren und wie ihre Zukunftsaussichten angesichts von Digitalisierung und Globalisierung mit ihren sich schnell wandelnden Anforderungen unsicherer wurden. Besonders betroffen waren davon die Peripherien der Kleinstädte und der ländlichen Regionen.

Ihnen gegenüber stehen die Gewinner: eine hoch qualifizierte akademische Mittelschicht in kosmopolitischen urbanen Zentren, die zugleich den Anspruch gesellschaftlicher Vorbildlichkeit erhebt. So bildete sich, wie es Andreas Reckwitz interpretiert, eine neue kulturelle Klassengesellschaft heraus, deren Statusunterschiede durch hohe Immobilienpreise in den Städten, durch Bildungsabschlüsse und durch Lebensstile des Essens, des Reisens oder der Körperkultur sichtbar werden.⁸ Diese Entwicklung wurde noch verstärkt durch die weibliche Emanzipation in der Arbeitswelt. Da der Inhaber einer Facharztpraxis nicht mehr (oder viel seltener) die Sprechstundenhilfe heiratet, sondern eine Ober- oder Chefärztin, vergrößern zwei gut verdienende Partner die sozialkulturelle Ungleichheit und die Segregation gegenüber nichtakademischen Schichten im Vergleich zu Zeiten männlicher Alleinverdienerfamilien.

Diese Eliten verkörpern einen kulturellen und ökonomi-

schen Globalismus der Grenzüberschreitung, der Öffnung und der kulturellen Hybridbildungen, der sich sowohl in einem neoliberalen Finanzmarktkapitalismus als auch in der Kultur von Diversität, Antidiskriminierung, *gender mainstreaming* und Inklusion niederschlägt. Diesen *Anywheres*, wie David Goodhart sie genannt hat,⁹ stehen die *Somewheres* gegenüber, die sich in ihrem Status bedroht fühlen und von einer herablassenden Kulturelite missachtet sehen, wenn Hillary Clinton im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 von den «Bedauernswerten», den «Deplorables» sprach.¹⁰ Sie wählten Donald Trump, oder sie zogen sich gelbe Westen an und protestierten in Frankreich – gegen neoliberale Bankmanager ebenso wie gegen globale grüne Eliten, denen hohe Kraftstoffpreise nichts ausmachen: «Die weltoffenen Gewinner der Globalisierung in den Städten gegen ihre Verlierer an den Rändern. Die aufgeklärten «Gutmenschen» des ökologischen Umbaus gegen die Populisten, die sich der Volkserziehung verweigern. Die Partei des Fortschritts gegen die hinterwäldlerischen Nationalisten. Grün und Geld gegen Gelb und Arm. Die einen fürchten das Ende der Welt, die anderen das Ende jedes Monats.»¹¹

Wie die Pariser Ereignisse zeigt, ist es mit einfachen Zuschreibungen von links und rechts nicht getan. Vielmehr formiert sich Protest gegen ein als überheblich und abgeschlossenes wahrgenommenes politisches Establishment, dem auch ein Emmanuel Macron zugerechnet wird, obwohl gerade er sich doch mit *La République en Marche* als neuer Bewegung gegen das Establishment profiliert hatte.

Zugleich offenbarten die Pariser Ereignisse, welche politische Bedeutung digitale Medien und soziale Netzwerke gewonnen haben. Nur durch das Internet hatten die Initiatoren – eine ehemalige Bankangestellte, ein Fernfahrer und eine Hypnotherapeutin – die Möglichkeit, die Bewegung gegen die

Erhöhung der Treibstoffabgaben zu initiieren, bevor sie in Proteste und Straßensperren samt gewaltsamer Auseinandersetzungen überging. Diese Diffusion der Öffentlichkeit entzieht den traditionellen Eliten ihre Deutungshoheit, wie Donald Trumps Twitter-Kommunikation zeigt. Teilöffentlichkeiten führen zugleich zur Bildung von Blasen, in denen sich die eigene Meinung immer weiter verstärkt, wie sich an Verschwörungstheorien oder am Vorwurf der ‹Lügenpresse› auf Seiten der AfD ablesen lässt.¹² Ebenso neigen aber auch die Massenmedien zu sich selbst ver- und bestärkenden Blasenbildungen des *mainstreams*, wie zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik des Herbstes 2015 sichtbar wurde.¹³ Das Ergebnis ist eine zunehmende Polarisierung der politischen Öffentlichkeit, die durch Moralisierung noch zusätzlich angeheizt wird.

Moralisierung und Polarisierung

Was auf der rechten Seite geschieht, lässt sich als Moralisierung des Eigenen bezeichnen. Oder als Abwehr des Kosmopolitismus durch einen Kulturessentialismus, der die eigene Kultur für wesentlich und unverhandelbar erklärt.¹⁴ Dabei mischen sich reale Probleme wie die Erfahrung der Machtlosigkeit und des Kontrollverlusts der deutschen Politik in der Migrationskrise 2015/16 mit Ressentiments gegen Zuwanderung und Islam sowie gegen ‹das Establishment› und die ‹Lügenpresse›. Dabei rekurriert die neue Rechte auf ein Denken in den Kategorien von Freund und Feind in der Tradition von Carl Schmitt: ‹wir› gegen ‹die›, gutes Volk gegen korrupte Eliten, Abendland gegen Islam. Zugleich greifen Metaphern wie ‹Blutsauger› oder ‹Vampir› für das Finanzkapital oder ‹Monster› für die EU auf Ernst Jüngers Devise zurück: ‹Das

Volk bedarf anschaulicher und nicht begrifflicher Wahrheiten.»¹⁵

Was auf der linken Seite geschieht, lässt sich als Moralisierung des Regenbogens bezeichnen. Das Paradigma von Diversität und Antidiskriminierung, *gender mainstreaming* und Inklusion geht auf den postmodernen Dekonstruktivismus der achtziger Jahre zurück und wurde zur Leitkultur westlicher Gesellschaften, spätestens nachdem das marktliberale Paradigma mit der Weltfinanzkrise von 2008 seine politisch-kulturelle Glaubwürdigkeit verlor.¹⁶ Die Kultur des Regenbogens erbrachte überfällige Emanzipationsgewinne für vormals Benachteiligte und Marginalisierte, insbesondere für Frauen und für Homosexuelle.

Sie neigt aber zugleich zu einer ideologischen Verabsolutierung, die aus mangelnder Selbstreflexion resultiert. Grundlage des Weltbildes von postmodernem Dekonstruktivismus, Feminismus und Postkolonialismus ist nämlich die kritische Einsicht, dass Ordnungskategorien wie Nation oder Geschlecht keine naturgegebenen Größen sind, sondern dass das «Wir» erst durch die Konstruktion des «Anderen» erschaffen wird. Das hindert seine Vertreter in Kulturbetrieb und Wissenschaft, Leitmedien und Politik aber nicht daran, sich nach ebendiesen Mechanismen durch die Abgrenzung von «rechts» selbst zu bestätigen.¹⁷ Dabei greifen sie umstandslos zum Vorwurf des Rassismus und des Sexismus, wenn Mohren-Apotheken mit Farbbeuteln beworfen werden, Eugen Gomringers Gedicht «Avenidas»¹⁸ von der Fassade der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin entfernt werden sollte und «alte weiße Männer» zum Feindbild gemacht werden. Ausgrenzung findet dabei nicht durch formelle Redeverbote statt – sagbar ist tatsächlich alles, was nicht mit Recht und Gesetz in Konflikt kommt –, sondern durch moralische Empörung.

Die aber wirkt. Denn Moralisierung erhöht den Sprechen-

den und verleiht seiner Position vermeintlich objektiven, nicht bestreitbaren Status, während der Gegner als moralisch minderwertig disqualifiziert wird.¹⁹ Auf diese Weise wird seine Meinung aus dem Kreis desjenigen ausgeschlossen, «was man öffentlich äußern kann, ohne sich zu isolieren» – so Elisabeth Noelle-Neumanns klassische Definition der «öffentlichen Meinung».²⁰ Damit erklärt sich der Sprecher für alternativlos, und so erweisen sich Kulturalismus von links und Populismus von rechts als gleichermaßen antipluralistisch. Zugleich schaukeln sich die kosmopolitischen und die rechtspopulistischen Echokammern, moralische Überheblichkeit von links und Ressentiment gegen «political correctness» von rechts gegenseitig auf.²¹ Was den einen «Münklerwatch» – die öffentliche Diffamierung eines Hochschullehrers –, ist den anderen «Lehrerwatch», die AfD-Plattform «Lehrer-SOS», auf der Schüler unkorrektes Verhalten von Lehrern öffentlich melden sollen.

Dazwischen steht die politische Mitte unter Druck – und verharrt in einer Mischung aus Empörungsritualen und Sprachlosigkeit oder auch stiller Wut. Angela Merkels Regierungsstil der Alternativlosigkeit, der asymmetrischen Wählerdemobilisierung (d. h. Stellungnahmen zu kontroversen Themen zu vermeiden, damit die potentiellen Wähler des politischen Gegners nicht zur Wahl gehen)²² und der rot-grünen Verschiebung der CDU hat die Debattenkultur in der Mitte der Gesellschaft lahmgelegt und politische Konflikte an die Ränder verlagert. Das «System Kauder» erzwang Geschlossenheit der Parlamentsfraktion und verlagerte sich auf die Routinen eines Regierens auf schwächer werdender Basis. Das galt auch für die SPD, die es niemals schaffte, Gerhard Schröders Agenda 2010 als ihre Erfolgsgeschichte des deutschen Aufschwungs seit 2005 anzunehmen, die sich aber auch nicht konsequent von diesem Erbe distanzierte – und bislang keine

programmatische Antwort auf die Frage fand, wofür die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert eigentlich steht.

Das Ende der Volksparteien?

Das Problem ist freilich nicht auf Deutschland beschränkt. Seit Jahrzehnten verlieren die Volksparteien bzw. die großen Richtungsparteien in ganz Europa Wähler, Mitglieder und Vertrauen. Der Abwärtstrend der europäischen Mitte-Links-Volksparteien begann, nachdem sie Anfang der siebziger Jahre ihren Höhepunkt erreicht hatten. Und er beschleunigte sich seit Ende der 90er Jahre, also gerade seit der Zeit, als New Labour, die Partij van de Arbeid oder die SPD unter Gerhard Schröder sich auf einen «dritten Weg» gemacht hatten. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel sieht darin einen «Hinweis darauf, dass sich für Mitte-Links-Parteien die Preisgabe ihres ideologischen Markenkerns längerfristig nicht in Gewinnen, sondern in Wählerverlusten ausdrückt».²³

Bei den Mitte-Rechts-Volksparteien verlief die Entwicklung langsamer und kontinuierlicher. Auf europäischer Ebene erreichten sie ihren Höhepunkt Anfang der 60er Jahre, in der Bundesrepublik zwischen den späten 50ern und den achtziger Jahren. Auch ihre Entwicklung hin zur Mitte führte zu einer «Beschädigung des konservativen Markenkerns», der vor allem im 21. Jahrhundert einen Raum eröffnete, in dem sich rechtspopulistische Parteien etablierten. Eine Ausnahme stellte das Vereinigte Königreich dar, wo das Mehrheitswahlrecht für stabile Verhältnisse eines von zwei Parteien dominierten Parlaments sorgte. Daneben verblieb die CDU/CSU als eine der letzten Volksparteien in Europa. Aber auch sie erlebte in der langen Linie einen Rückgang um ein Drittel der Wähleran-

teile: von 48,8 % bei Regierungsantritt Helmut Kohls im Jahr 1983 über 38,5 % mit Edmund Stoiber in der Bundestagswahl von 2002 auf 32,9 % in der letzten Bundestagswahl mit Angela Merkel 2017; im Oktober 2018 erreichten die Umfragewerte die 25 %-Marke.

Der europaweite Niedergang der großen Parteien hatte strukturelle Gründe, insbesondere die Auflösung vergleichsweise geschlossener soziokultureller Milieus, die traditionell die Wählerbasis der großen Parteien gewesen waren: das Milieu der Arbeiterschaft im Falle der Sozialdemokraten, das katholisch-christlich gebundene Milieu im Falle der Unionsparteien. Zugleich war diese Entwicklung nicht nur eine Naturgewalt, sondern sie hing auch mit Richtungsentscheidungen der Parteiführungen zusammen. Im Falle der CDU bedeutete die sogenannte «Modernisierung» unter Angela Merkel, sich an rot-grüne Positionen und Wählerschichten anzunähern und an die «Erwartungen der dominierenden Medien»²⁴ anzupassen, die ihr umgekehrt entsprechende Sympathien entgegenbrachten.²⁵ Diese Symbiose mit dem politisch-kulturellen *juste milieu* zeigte sich insbesondere in der Flüchtlingspolitik im Herbst 2015, als weite Teile der Medien selbst politisch Partei nahmen und kritische Gegenstimmen zur Regierungspolitik «in beherrschendem oder [...] auch verächtlichem Ton» herabwürdigten.²⁶ Ähnliche Mechanismen ließen sich auch im Falle anderer großer Entscheidungen wie der Energiewende oder der Aussetzung der Wehrpflicht, der Familienpolitik oder der Ehe für alle beobachten.

Diese Politik nahm insbesondere der SPD die Luft zum Atmen und war ein Grund für ihren beschleunigten Niedergang,²⁷ der wiederum der Union ihre Regierungsfähigkeit sicherte. Zugleich eröffnete die CDU auf diese Weise eine Repräsentationslücke in der rechten Mitte. Die Vernachlässigung des liberalkonservativen Teils führte zu einer inneren

Spaltung der Partei, die sich spätestens auf dem Hamburger Parteitag im Dezember 2018 offenbarte, als fast die Hälfte der Delegierten für Friedrich Merz und damit bewusst gegen den Kurs von Angela Merkel stimmte. Schon 2013 hatte sich eine neue Partei rechts der Union gebildet, die sich mit ihrer Kritik an der Euro-Rettungspolitik unter Bernd Lucke zunächst als liberal-konservative Abspaltung von der CDU präsentierte, dann aber markant nach rechts bewegte.

Auch diese Abspaltung, in Verbindung mit der Schwäche der SPD, sicherte der CDU einstweilen ihre strategische Regierungsfähigkeit, da Koalitionsoptionen ohne die CDU nicht in Sicht waren. Diese Pluralisierung der Parteien machte es zugleich immer schwieriger, handlungsfähige Regierungen zu bilden, wie sich bei den gescheiterten Verhandlungen über ein Bündnis aus CDU/CSU, FDP und Grünen nach der Bundestagswahl von 2017 zeigte.

Dabei steht der nachlassenden Integrationskraft der Parteien, so Wolfgang Merkel, ihre konstante gesellschaftlich-politische Macht gegenüber. Dass dieser Befund an die Kritik erinnert, die Wilhelm Hennis bereits in der alten Bundesrepublik der 80er Jahre übte, die Parteien hätten sich «überdehnt» und vom Volk «abgekoppelt»,²⁸ zeigt auf der einen Seite, dass die Probleme der Gegenwart nicht ganz neu sind. Das ändert auf der anderen Seite aber nichts daran, dass die schwindende Akzeptanz der Parteien und ihre daraus resultierenden Rekrutierungsprobleme die Gefahr mit sich bringen, dass die gesamte repräsentative Demokratie an Legitimität und Akzeptanz verliert.

Gehen die Volksparteien – also Parteien, die sich an das ganze Volk, nicht nur an eine bestimmte Klientel wie Klassen, Konfessionen oder Milieus wenden –, gehen die klassischen politischen Richtungen und Strömungen insgesamt ihrem Ende zu? So wird es oft gesagt, und vielleicht stimmt es auch.

Die klassischen sozialmoralischen Milieus als Stützen der Volksparteien sind weitgehend verschwunden. *Social media* verändern die politische Kommunikation, indem sie traditionellen Eliten ihr Monopol nehmen und neuen Akteuren neue Wege der Kommunikation eröffnen, wie Donald Trumps Regieren via Twitter zeigt. Die Konfliktlinien zwischen *Anywheres* und *Somewheres* sind ganz andere als die überkommenen politischen Formationen, aus denen sich die klassischen europäischen Richtungsparteien herausgebildet haben. Probleme wie Klimawandel, Digitalisierung und Mobilität der Zukunft, Ferkelkastration oder das Monopol von Google, Apple, Facebook und Amazon passen möglicherweise tatsächlich nicht mehr in das traditionelle Rechts-Links-Schema. Vielleicht erleben wir einen folgenreichen Strukturwandel von Erwartungen des Allgemeinen zu Erwartungen des Besonderen, wo doch demokratische Politik klassischerweise der Agent des Allgemein-gültigen war.²⁹

Und doch sind all dies einstweilen Vermutungen, denen bislang jedenfalls keine tragfähige Alternative gegenübergestellt worden ist. Einstweilen bleibt auch völlig offen, ob auf Parteiführer zugeschnittene «Bewegungen», die zuletzt in Frankreich oder in Österreich Wahlen gewannen, die Antwort der politischen Mitte auf die populistischen Bewegungen und die Erosion der Volksparteien sein können. Solange dies alles aber nicht klar ist, empfiehlt es sich – auf konservative Weise im besten Sinne –, am Bewährten festzuhalten. Noch einmal mit Wolfgang Merkel gesprochen: «Ohne starke Parteien funktionieren repräsentative Demokratien nicht»,³⁰ auch wenn sie nicht zu alter Stärke der 70er Jahre zurückkehren werden.

Notwendig, ja überlebenswichtig ist dafür die Wiederbelebung unterscheidbarer, inhaltlich profilierter Volksparteien, die zugleich dem fatalen Hang der Politik zur Selbstentmachtung begegnet, sei es gegenüber den Finanzmärkten, gegen-

über dem Aufstieg Chinas oder gegenüber Algorithmen. Politik kann gestalten, aber sie muss es auch wollen. Dazu bedarf es demokratischer Debatten über politische Konzepte und Alternativen. In diesem Sinne geht es in den nächsten Kapiteln um einen modernen Konservatismus als Kern einer Volkspartei der rechten Mitte.

II

Konservativ 21.0

Ein Kind des Wandels

«Was ist konservativ?» Die Frage ist so alt wie die Sache des Konservativen selbst. Als Bezeichnung einer politischen Richtung kam der Begriff 1818 mit François René de Chateaubriands royalistischer Zeitschrift «Le Conservateur» auf. Der Bezug auf das (nach-)revolutionäre Frankreich ist kein Zufall. Denn hier nahm auch die Sache ihren Anfang: mit den Reflexionen des britischen Schriftstellers, Staatsphilosophen und Politikers Edmund Burke über die Revolution in Frankreich aus dem Jahr 1790. Das heißt: Die politische Bewegung des Bewahrens war schon in ihrer Entstehung an den Wandel gebunden, den die Französische Revolution in die politische Welt gebracht hatte.

Dabei war Edmund Burke gar nicht grundsätzlich gegen eine Revolution an sich – wenn sie ein verlorenes Gleichgewicht wiederherstellte, so wie es, seiner Meinung nach, in England 1688 der Fall gewesen war. Burke war ohnehin ein Anhänger der Rechte des Parlaments, kein Vertreter der monarchischen Herrschaft. Das macht seine liberale Grundierung aus, ganz ähnlich wie im Falle von Professoren wie Hermann Lübke, die nach 1968 aus der Kritik an der Radikalisierung dieser Bewegung einen liberalen Konservatismus begründeten. Burke kritisierte an der Französischen Revolution, dass sie

keine Ordnung wiederherstellte, sondern im Gegenteil ihre tradierten Grundlagen zerstörte. Tatsächlich hatte er schon früh die Radikalisierung der Revolution prognostiziert und ihren Hang zum Terror erkannt.

Burke rechnete mit der «barbarischen Philosophie» der revolutionären Rationalisten ab und formulierte dabei Grundlagen eines konservativen politischen Denkens. Er wandte sich gegen «metaphysische Abstraktion» und mechanisch-theoretische Ratio und setzte stattdessen auf Erfahrung, Kontextsensibilität und Alltagsvernunft («practical wisdom»). Und mehr noch: Er provozierte die Rationalisten, indem er ihnen Instinkt und Vorurteil als Vernunft mit Zuneigung («reason [...] and an affection») und als «Weisheit ohne darüber nachzudenken» («wisdom without reflection») vorhielt.

Mit einer Mischung aus Nüchternheit und Gelassenheit ging Burke davon aus, dass der Mensch sich nicht perfektionieren lasse, sondern von Natur aus fehlerhaft sei: «Wir sind grundsätzlich Wesen ungelehrter Gefühle.» Daher bedürfe es der Ordnung, sowohl in horizontaler als auch in vertikaler Hinsicht. Vertikal, insofern diese Ordnung aus Ungleichen bestand. Und horizontal, insofern sie zeitlich weit ausgriff: als «Partnerschaft nicht nur zwischen den Lebenden, sondern zwischen den Lebenden, den Toten und denen, die noch geboren werden».

Diese lange gewachsene Ordnung besaß ihre eigene Würde, wobei sich im Verlauf ihrer Entwicklung auch Fehler einschlichen. Die galt es, so Burke, «so wie die Wunden eines Vaters» mit Vorsicht zu behandeln, Veränderungen am kranken Teil vorzunehmen, nicht aber am Ganzen. «Bereitschaft zum Bewahren und Fähigkeit zur Verbesserung, beides zusammen, das wäre mein Maßstab für einen Staatsmann.»¹

In diesem Sinne wurde das Vereinigte Königreich zu dem Land, in dem sich die parlamentarische Tradition des politi-

schen Konservatismus herausbildete. Sie trug wesentlich dazu bei, dass sich das politische System ohne gewaltsame revolutionäre Brüche von der Herrschaft des Königs über die Herrschaft des (von wenigen Besitzenden gewählten) Parlaments zur modernen Demokratie wandelte.² Dieses Prinzip des evolutionären Wandels erklärte Lord Derby 1858 vor dem Oberhaus, als die britischen Konservativen unter seiner Führung die Regierung übernahmen:

«My Lords, es gibt keinen größeren Irrtum, als anzunehmen, dass eine konservative Regierung eine Regierung des Stillstands ist. [...] Unsere gesamte Verfassung ist das Ergebnis ständigen Wandels. Wie die altherwürdigen Landhäuser in England ist sie von den aufeinander folgenden Bewohnern gestaltet worden, ohne große Rücksicht auf architektonische Einheitlichkeit oder Regelmäßigkeit der Silhouette, sondern indem hier ein Fenster ergänzt und dort ein Giebel entfernt wurde, oder indem etwas angebaut worden ist, so wie es passend schien, nicht um der Schönheit der äußeren Struktur willen, sondern, und das ist wichtiger, des Nutzens und der Bequemlichkeit der Bewohner wegen. My Lords, dieselbe Richtung muss auch in der Politik und überall sonst verfolgt werden: ein ständiger Fortschritt, der die überkommenen Verhältnisse verbessert, unsere Institutionen an veränderte Zwecke anpasst, denen sie dienen sollen, und durch vernünftige Veränderungen den gewachsenen Anforderungen der Gesellschaft entspricht.»³

*Der große Unterschied:
Liberaler und illiberaler
Konservatismus*

Was Derby damit ansprach, war der grundlegende Unterschied zwischen «konservativ», «traditionalistisch» und «reaktionär». Der Traditionalist will, dass alles so bleibt, wie es ist. Der Reaktionär will darüber hinaus das Rad zurückdrehen, zurück zu einem vermeintlich goldenen Zeitalter.⁴ Der Konservative hingegen weiß, dass nichts zurückkommt und das goldene Zeitalter nicht wirklich golden war. Soll der Konservative aber, so die Gegenfrage, Fehlentwicklungen nicht revidieren? Tatsächlich: Im Einzelnen mag dies möglich sein. Grundsätzlich aber lassen sich Entwicklungen aller Erfahrung nach nicht umkehren.

Das galt im 19. Jahrhundert zum Beispiel für die Demokratie, ein Schreckbild für die britischen Konservativen, wie es Robert Cecil, der spätere 3. Marquess of Salisbury und mehrfache Premierminister, 1861 in drastischen Farben malte:

«Es ist immer schwer, einer großen Gruppe eine weitsichtige, vernünftige Politik nahezubringen; und es ist vollkommen unmöglich, wenn es sich um Menschen handelt, die nicht an selbständiges Denken gewöhnt und die nicht mit Bildung vertraut sind. [...] Erstklassige Männer machen keinen Wahlkampf beim Mob. Und wenn sie es täten, würde der Mob die erstklassigen Männer nicht wählen. [...] Der Mob verlangt mehr Schöntuerei und Unterwürfigkeit als die Schöntuerei und Unterwürfigkeit, die an despotischen Höfen blühen.»⁵

Nun waren es aber eben jene britischen Konservativen, die 1867 unter der Führung von Benjamin Disraeli die zweite von drei großen Wahlrechtsreformen im 19. Jahrhundert durchsetzten und dabei die Liberalen, die eigentlichen Champions der Reform, links überholten, indem sie eine größere Ausweitung der Wahlberechtigten herbeiführten, als die Liberalen sie geplant hatten. Indem sie die Wahlrechtsqualifikation an die persönliche Zahlung von Steuern banden, weiteten sie das konservative Prinzip des gemeinwohlverpflichteten Eigentums weit aus und bewahrten es zugleich gegenüber der Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht. Disraeli konnte also behaupten, Demokratisierung zu betreiben, um die Demokratie zu verhindern. Zugleich setzten die Konservativen einen Meilenstein auf dem britischen Weg in die Moderne durch evolutionären Verfassungswandel.⁶ Und es war der bereits zitierte 3. Marquess of Salisbury, der knapp zwanzig Jahre später die dritte große Wahlrechtsreform mit der Maßgabe durchsetzte, den «Wandel zu verzögern, bis er harmlos geworden ist»,⁷ um ihn dadurch erträglich zu machen.

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de